

September 2020

---

Eine Studie zur politischen Stimmung im Auftrag  
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

# ARD-DeutschlandTREND



Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

## Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung.....	1
Regierungsarbeit: zwei Drittel zufrieden .....	2
Politikerzufriedenheit: Merkel mit Bestwert in der Legislaturperiode .....	3
Kompetenzen: 60 Prozent setzen bei Corona-Krisenmanagement auf die Union .....	4
Sonntagsfrage: Union verliert, SPD legt zu.....	6
K-Frage: Hälfte hält Scholz wie Söder für gute Kandidaten, Habeck überzeugt 42 Prozent .....	8
Corona-Ansteckung: Sorgen schwächen sich wieder ab, ein Viertel bleibt besorgt ....	9
Studieninformation.....	10

## Zusammenfassung

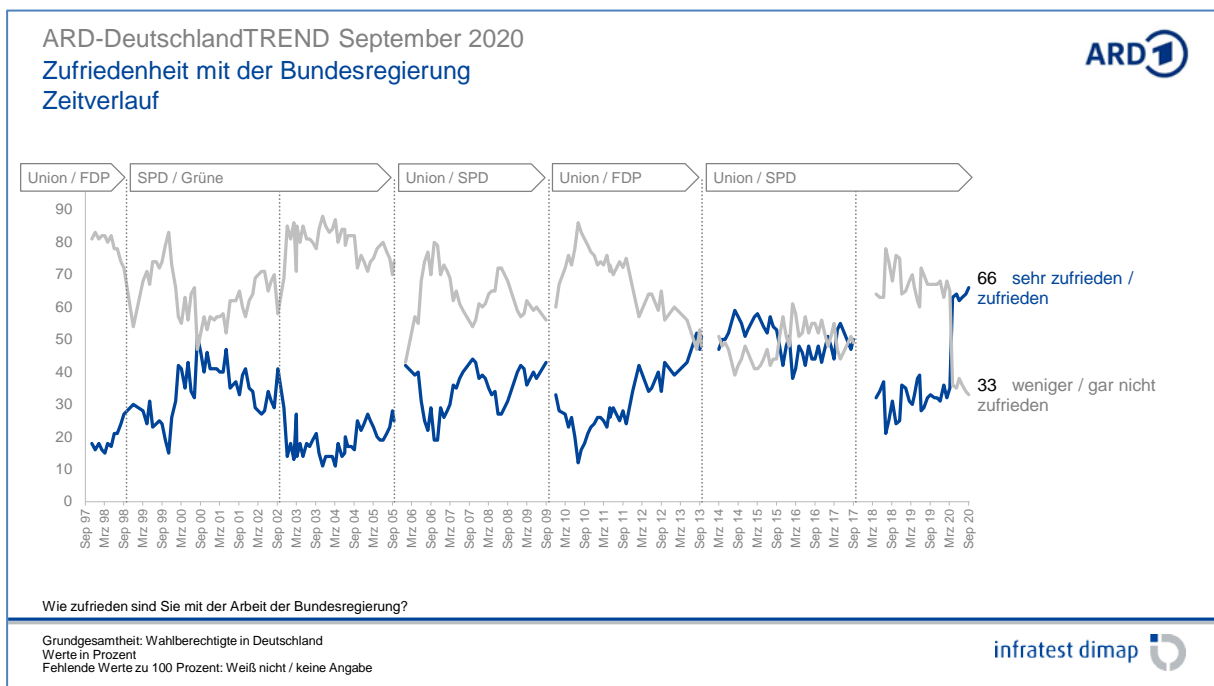
Ein Jahr vor der Bundestagswahl ist die bundespolitische Stimmung durch eine weiterhin positive Sicht auf die Exekutive geprägt. Der mit ihrem Corona-Krisenmanagement einsetzende Vertrauensschub für die Berliner Koalition wirkt auch im September fort: 66 Prozent sind mit der Arbeit von Schwarz-Rot zufrieden. Die Leistungen der CDU-Kanzlerin bewerten 72 Prozent wohlwollend, die des SPD-Vizekanzlers 59 Prozent. Die Zufriedenheit mit Kabinett und Koalitionsspitze zahlte in den vergangenen Monaten in erster Linie auf die CDU/CSU ein. Ihre starke Stellung in den Parteipräferenzen der letzten Monate fußte nicht zuletzt auf einem hohen Sachvertrauen bei der Bewältigung der Corona-Pandemie. Auf die Frage, wer Deutschland gut durch die Krise führen kann, setzen die meisten Wahlberechtigten auf die CDU/CSU. Bei einer aktuellen Bundestagswahl blieben die Unionsparteien weiterhin mit Abstand stärkste Kraft. Allerdings geben sie zum Vormonat 2 Punkte ab und erzielen mit 36 Prozent den niedrigsten Wert seit April. Die SPD legt im selben Umfang zu. Mit aktuell 17 Prozent liegt in der Sonntagsfrage des ARD-DeutschlandTREND sie so gut wie seit Mai 2019 nicht mehr. Sie bleibt allerdings hinter den Grünen, die aktuell auf 19 Prozent kämen (+1). Die AfD schließt leicht schwächer ab und hätte derzeit 10 Prozent in Aussicht (-1). Linke und FDP würden wie im Vormonat 6 bzw. 7 Prozent erzielen. Alle anderen Parteien kämen zusammen weiterhin auf 5 Prozent.

Für die Bundestagswahl im kommenden Jahr wird neben dem sachpolitischen Angebot die Personalaufstellung der Parteien von Bedeutung sein. Bislang hat sich allein die SPD festgelegt. Ihre Entscheidung, Olaf Scholz als Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl 2021 aufzustellen, findet größeren Anklang als unmittelbar nach der Bekanntgabe. 55 Prozent der Bundesbürger halten den Finanzminister aktuell für einen guten SPD-Kanzlerkandidaten, bei den SPD-Anhängern sind es 77 Prozent. Für die Unionsparteien ist offen, mit wem sie letztlich an ihrer Spitze in den Bundeswahlkampf ziehen werden. 56 Prozent der Bundesbürger und 75 Prozent der Unions-Anhänger sind der Meinung, dass Markus Söder ein guter Unions-Kanzlerkandidat wäre. Der CSU-Politiker erfährt damit von den vier in der öffentlichen Diskussion stehenden Kandidaten weiterhin die mit Abstand größte Unterstützung, auch in der Wählerschaft von CDU/CSU. Bei den Grünen wird die Entscheidung zwischen den beiden Parteivorsitzenden fallen. In der Bevölkerung gilt Robert Habeck als der bessere Grünen-Spitzenkandidat: 42 Prozent bezeichnen ihn als guten Grünen-Kanzlerkandidaten, während 28 Prozent Annalena Baerbock als gute Kandidatin betrachten. In der Grünen-Anhängerschaft findet Habeck ebenfalls mehr Zuspruch als seine Co-Vorsitzende (65:59 Prozent).

Mit der beginnenden Rückreisewelle und dem Schulstart nach den Sommerferien waren in der Bevölkerung die Sorgen vor einer Corona-Ansteckung zuletzt gewachsen. Sie schwächen sich nun wieder ab: Aktuell ist ein Viertel in Sorge, dass sie sich selbst oder Familienmitglieder anstecken könnten. Auch wenn die Mehrheit keine unmittelbare Sorge vor einer Ansteckung hat, sind die Deutschen offen für Maßnahmen, um die Pandemie weiter unter Kontrolle zu halten. Eine Absage von Karnevalsfeiern für Herbst und Frühjahr geht nach Ansicht von 86 Prozent in die richtige Richtung. Jeweils zwei Drittel unterstützen ebenso die Einführung von Teilnehmerobergrenzen bei Privatfeiern oder auch den Verzicht auf Weihnachtsmärkte in diesem Jahr. Die Akzeptanz entsprechender Maßnahmen fällt im Osten deutlich niedriger aus als im Westen. Zugleich findet nicht jeder Vorschlag für weitere Alltagsbeschränkungen bei den Deutschen Anerkennung. Eine Maskenpflicht am Arbeitsplatz oder im Schulunterricht stößt mehrheitlich auf Widerspruch.

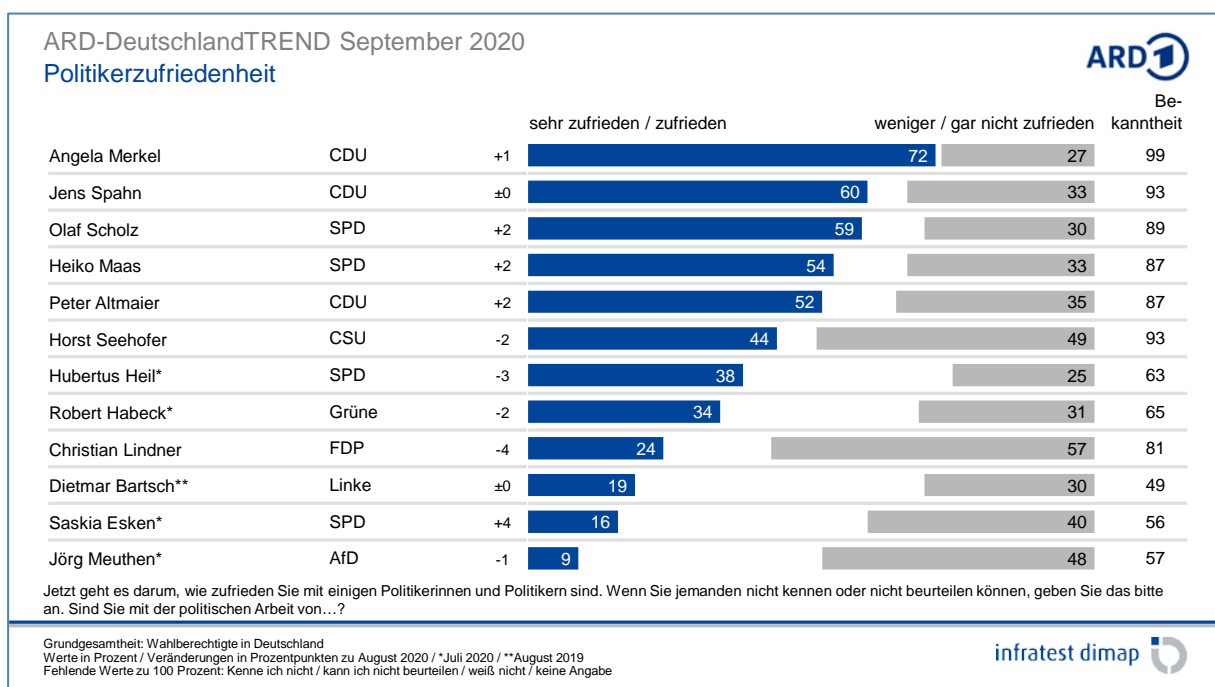
## Regierungsarbeit: zwei Drittel zufrieden

Rund ein Jahr vor der Bundestagswahl ist die bundespolitische Stimmung weiterhin durch eine überdurchschnittlich positive Sicht auf die Exekutive geprägt. Der mit ihrem Corona-Krisenmanagement einsetzende Vertrauensschub für die Berliner Koalition wirkt auch im September fort: 66 Prozent sind mit der Arbeit von Schwarz-Rot zufrieden, ein neuer Rekordwert für Bundesregierungen im seit 1997 bestehenden ARD-DeutschlandTREND. Ein Drittel (33 Prozent) ist weniger oder gar nicht zufrieden. Die wohlwollende Bewertung der Berliner Regierungsarbeit überwiegt aktuell in weitgehend allen Parteimilieus. Allein die AfD-Anhänger äußern sich nach wie vor mit großer Mehrheit kritisch (6:94 Prozent).



## Politikerzufriedenheit: Merkel mit Bestwert in der Legislaturperiode

Mit Kanzlerin, Gesundheits- und Finanzminister genießen unverändert jene Regierungsmitglieder den größten Rückhalt, die beim Corona-Krisenmanagement besonders im Mittelpunkt stehen. Zu Angela Merkel äußern sich sieben von zehn Wahlberechtigten (72 Prozent; +1 zu August) positiv - ihr bester Wert in der laufenden Legislaturperiode. Mit der Arbeit von Jens Spahn sind 60 Prozent (+/-0), mit der von Olaf Scholz 59 Prozent (+2) zufrieden. Außenminister Heiko Maas (54 Prozent; +2) und Wirtschaftsminister Peter Altmaier (52 Prozent; +2) überzeugen aktuell gut jeden zweiten Wahlberechtigten. Auf sie folgen Bundesinnenminister Horst Seehofer (44 Prozent, -2) und Arbeitsminister Hubertus Heil (38 Prozent; -3 zu Juli).

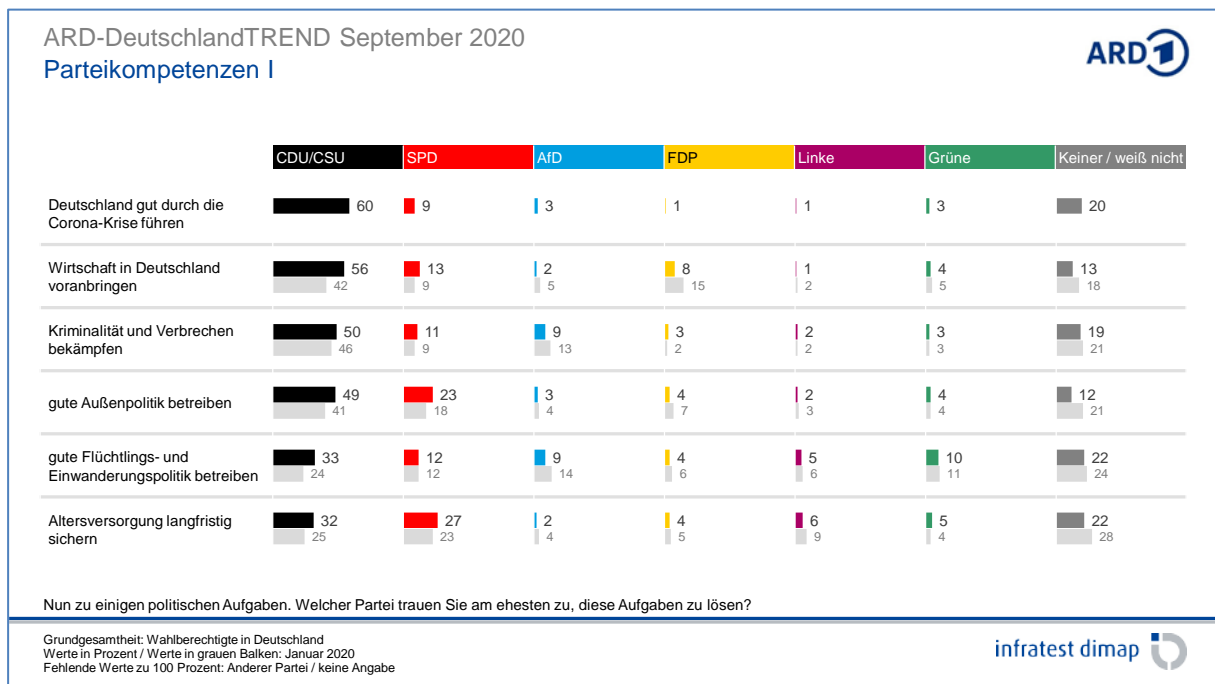


Die Spitzen der Berliner Opposition verfehlen weiterhin die Zufriedenheitswerte der wichtigsten Berliner Ressortchefs. Am populärsten ist der Grünen-Vorsitzende Robert Habeck. Mit 34 Prozent (-2) muss er jedoch den niedrigsten Zustimmungswert seit Dezember 2019 hinnehmen. Mit deutlichem Abstand folgen der FDP-Vorsitzende Christian Lindner (24 Prozent; -4), der Linken-Fraktionschef Dietmar Bartsch (19 Prozent; +/-0 zu August 2019) und die SPD-Vorsitzende Saskia Esken (16 Prozent; +4 zu Juli). Auf dem letzten Platz liegt der AfD-Vorsitzende Jörg Meuthen (9 Prozent; -1 zu Juli).

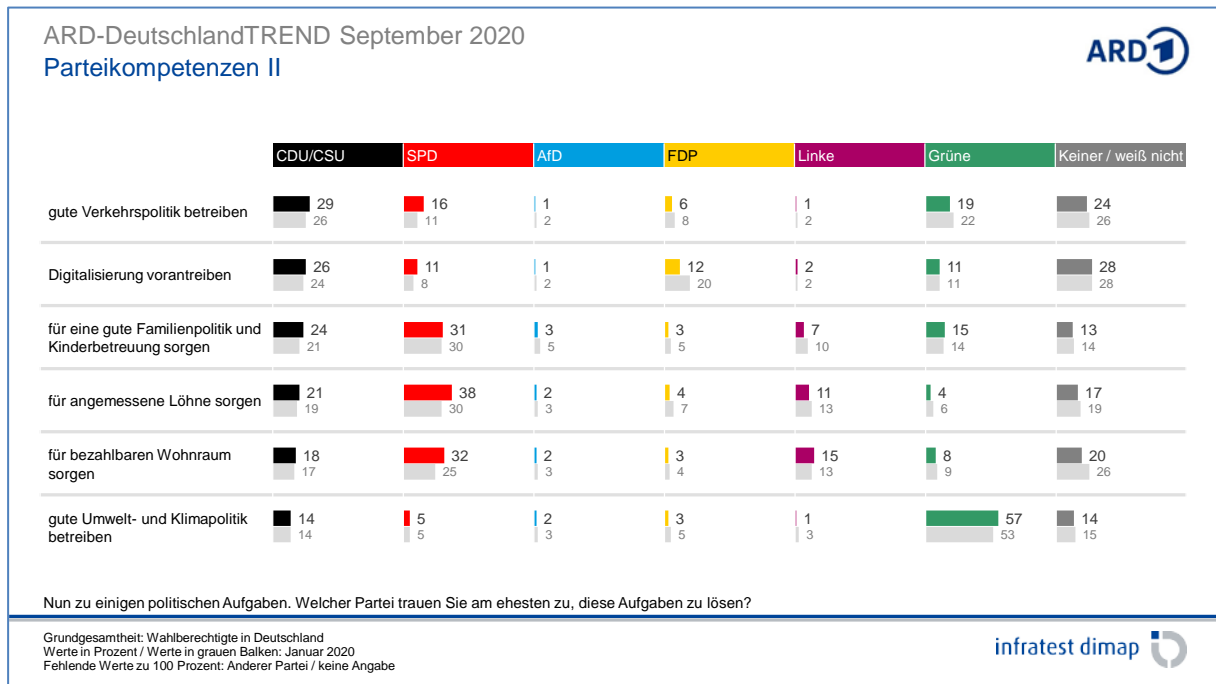
## Kompetenzen: 60 Prozent setzen bei Corona-Krisenmanagement auf die Union

Die Zufriedenheit mit Kabinett und Koalitionsspitze zahlte in den vergangenen Monaten in erster Linie auf die CDU/CSU ein. Ihre starke Stellung in den Parteipräferenzen der letzten Monate fußte nicht zuletzt auf einem hohen Sachvertrauen bei der Bewältigung der Corona-Pandemie. Auf die Frage, wer Deutschland gut durch die derzeitige Krise führen kann, setzen auch aktuell mit Abstand die meisten Bürger auf die CDU/CSU (60 Prozent). Sie überzeugt darüber hinaus etwa die Hälfte der Bundesbürger auf klassischen Kompetenzfeldern der Union: in Wirtschaftsfragen (56 Prozent), bei der inneren Sicherheit (50 Prozent) und der Außenpolitik (49 Prozent). In der Zuwanderungspolitik (33 Prozent), bei der Altersversorgung (32 Prozent) und der Verkehrspolitik (29 Prozent) gilt die CDU/CSU - wenn auch mit geringerem Vorsprung - ebenfalls als das derzeit überzeugendste Parteienangebot, ferner beim Thema Digitalisierung (26 Prozent). Gerade hier offenbart sich aber zugleich eine fortbestehende Vertrauensschwäche gegenüber der deutschen Politik insgesamt. Mit 28 Prozent setzen hier unverändert viele Bürgerinnen und Bürger aktuell auf keine der Parteien.

Wie die Unionsparteien haben auch die Sozialdemokraten im Vergleich zu Jahresbeginn durchweg an Profil gewonnen. Dennoch kann sich die SPD im Bürgerurteil weiterhin nur auf drei Feldern von den Wettbewerbern sichtbar absetzen: beim Einsatz für angemessene Löhne (38 Prozent), für bezahlbaren Wohnraum (32 Prozent) und für eine gute Familienpolitik (31 Prozent). Bei der inneren Sicherheit überzeugt die SPD mit 11 Prozent dagegen aktuell nur etwas mehr Wahlberechtigte als die AfD, in der Ausländer- und Zuwanderungspolitik mit 12 Prozent lediglich etwas mehr Bürger als die Grünen (10 Prozent). In Verkehrsfragen liegen die Sozialdemokraten hinter der Ökopartei (16:19 Prozent). Bei Digitalisierungsthemen binden die Sozialdemokraten derzeit nicht mehr Vertrauen als jeweils Grüne (11 Prozent) und Liberale (12 Prozent).



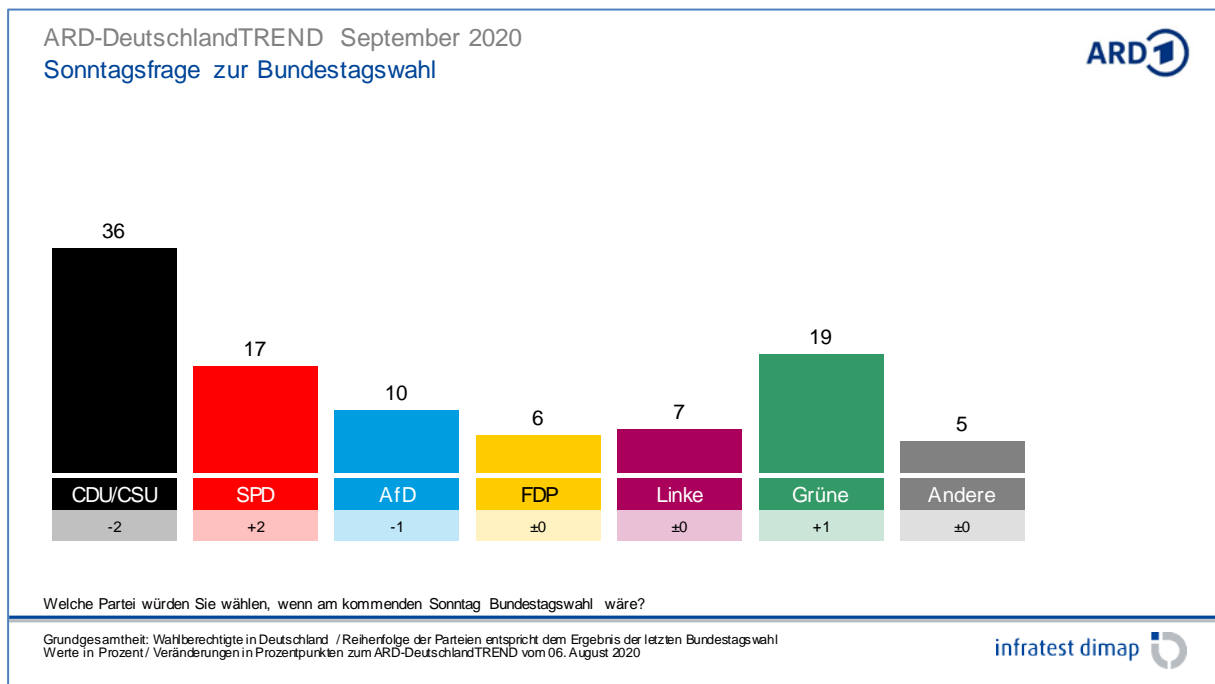
Während sich die Berliner Koalitionspartner seit Jahresbeginn sachpolitisch profilieren konnten, gelang dies den Oppositionsparteien weniger. Eine sichtbare Ausnahme bilden die Grünen auf dem Feld der Umwelt- und Klimapolitik (57 Prozent; +4). Die AfD hat demgegenüber im gleichen Zeitraum insbesondere in der Zuwanderungspolitik (9 Prozent; -5) und der inneren Sicherheit (9 Prozent; -4) Federn lassen müssen. Die FDP musste in nur gut einem halben Jahr starke Kompetenzeinbußen in Digital- (12 Prozent; -8) und Wirtschaftsfragen (8 Prozent; -7) hinnehmen. Die Linke verbucht zwar im selben Zeitraum Kompetenzgewinne auf dem Feld der Wohnungspolitik (15 Prozent; +2), sie sieht sich jedoch in der Familien- (7 Prozent; -3) und Rentenpolitik (6 Prozent; -3) mit einem gesunkenen Sachvertrauen konfrontiert.





## Sonntagsfrage: Union verliert, SPD legt zu

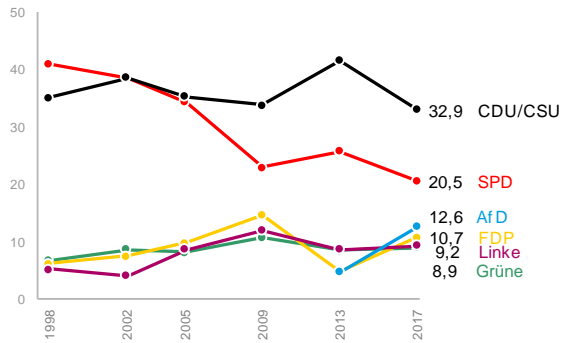
Gestützt auf einer hohen Zufriedenheit mit ihrer Regierungsarbeit bei gleichzeitig großem Sachvertrauen auf zentralen Politikfeldern bleiben die Unionsparteien in der aktuellen bundespolitischen Stimmung weiterhin stärkste Kraft. Allerdings gibt die CDU/CSU in der Sonntagsfrage zum Vormonat 2 Punkte ab und erzielt mit 36 Prozent den niedrigsten Wert seit April. Die SPD legt im selben Umfang zu (+2). Mit aktuell 17 Prozent liegt sie so gut in der Sonntagsfrage des ARD-DeutschlandTREND wie seit Mai 2019 nicht mehr. Sie bleibt allerdings hinter den Grünen, die aktuell auf 19 Prozent kämen (+1). Die AfD schließt zum Vormonat leicht schwächer ab und hätte derzeit 10 Prozent in Aussicht (-1). Linke und FDP würden wie im Vormonat 6 bzw. 7 Prozent erzielen. Alle anderen Parteien kämen zusammen weiterhin auf 5 Prozent.



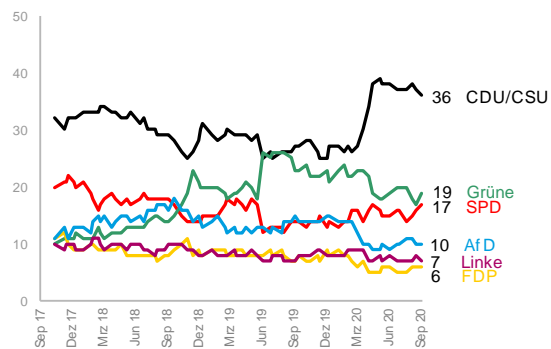
ARD-DeutschlandTREND September 2020  
Wahl- und Umfrageergebnisse Bundestagswahl  
Zeitverlauf



Wahlergebnisse seit 1998



aktuelle Umfrageergebnisse



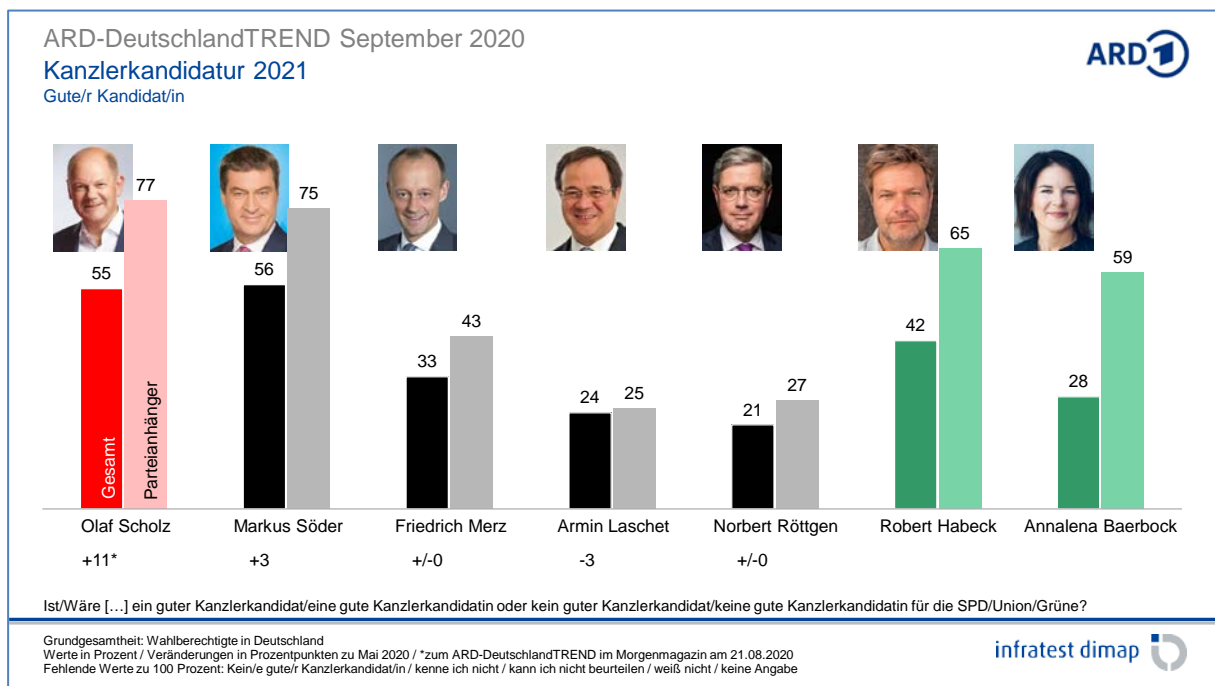
Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland  
Werte in Prozent

Die Sonntagsfrage zur Bundestagswahl misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Viele Wähler legen sich kurzfristig vor einer Wahl fest. Eine große Bedeutung hat zudem der Wahlkampf mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern.

## K-Frage: Hälfte hält Scholz wie Söder für gute Kandidaten, Habeck überzeugt 42 Prozent

Für die Bundestagswahl im kommenden Jahr wird neben dem sachpolitischen Angebot auf den für die Bürger dann zentralen Themenfeldern die Personalaufstellung der Parteien von Bedeutung sein. Bislang hat sich allein die SPD festgelegt. Ihre Entscheidung, Olaf Scholz als Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl 2021 aufzustellen, findet größeren Anklang als unmittelbar nach der Bekanntgabe. 55 Prozent der Bundesbürger (+11 zu KW34) halten den Finanzminister aktuell für einen guten SPD-Kanzlerkandidaten, bei den SPD-Anhängern sind es 77 Prozent.

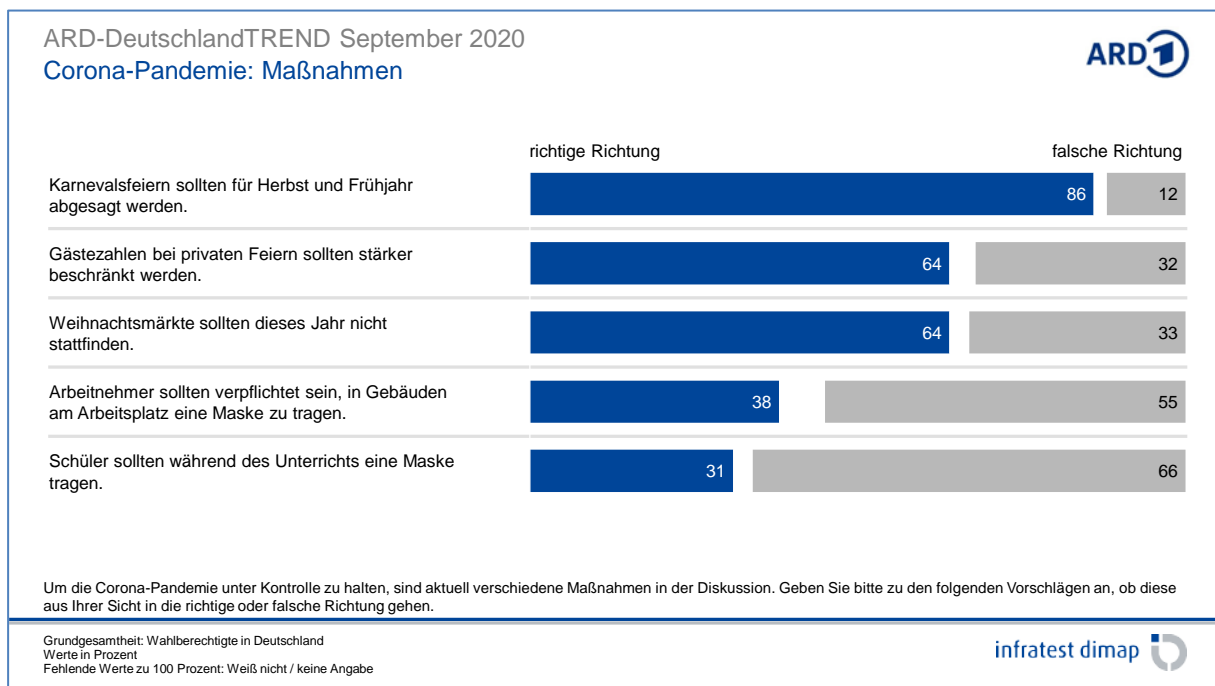


Für die Unionsparteien ist offen, mit wem sie letztlich an ihrer Spitze in den Bundeswahlkampf ziehen werden. 56 Prozent der Bundesbürger und 75 Prozent der Unions-Anhänger halten Markus Söder für einen guten Unions-Kanzlerkandidaten. Der CSU-Politiker erfährt damit von den vier in der öffentlichen Diskussion stehenden Kandidaten weiterhin die mit Abstand größte Unterstützung sowohl in der Bevölkerung wie in der Wählerschaft der CDU/CSU. An zweiter Stelle im Urteil der Bevölkerung wie der Unionswähler steht Friedrich Merz, den allerdings nur 33 Prozent der Wahlberechtigten und 43 Prozent der Unions-Wähler als guten Unions-Kanzlerkandidaten bezeichnen. Armin Laschet und Norbert Röttgen gelten bei jeweils 24 bzw. 21 Prozent der Bundesbürger als gute Kandidaten. In den Reihen der CDU/CSU-Anhänger überzeugen der NRW-Ministerpräsident und der frühere Bundesumweltminister 25 bzw. 27 Prozent.

Bei den Grünen wird die Entscheidung nach jetzigem Stand zwischen den beiden Parteivorsitzenden fallen. In der Bevölkerung gilt Robert Habeck als der bessere Grünen-Spitzenkandidat: 42 Prozent bezeichnen ihn als guten Grünen-Kanzlerkandidaten. Annalena Baerbock betrachten 28 Prozent als gute Kandidatin. In den eigenen Reihen findet Habeck ebenfalls mehr Zuspruch als seine Co-Vorsitzende. Jeweils eine Mehrheit der Grünen-Anhänger sieht jedoch sowohl in Habeck (65 Prozent) wie in Baerbock (59 Prozent) eine gute Besetzung für die Spitzenkandidatur zur Bundestagswahl.

## Corona-Ansteckung: Sorgen schwächen sich wieder ab, ein Viertel bleibt besorgt

Mit der beginnenden Rückreisewelle und dem Schulstart nach den Sommerferien in den ersten Bundesländern waren in der Bevölkerung die Sorgen vor einer Corona-Ansteckung zuletzt kurzfristig gewachsen. Sie schwächen sich nunmehr wieder ab: Nach 34 Prozent Mitte August sind aktuell 26 Prozent in Sorge, dass sie sich selbst oder Familienmitglieder mit Corona anstecken könnten. 73 Prozent sind Anfang September weniger oder gar nicht besorgt, nach 66 Prozent vor knapp zwei Wochen.



Auch wenn die Mehrheit keine unmittelbare Sorge vor einer Ansteckung hat, sind die Deutschen offen für Maßnahmen, um die Corona-Pandemie weiter unter Kontrolle zu halten. Eine Absage von Karnevalsfeiern für Herbst und Frühjahr weist nach Ansicht von 86 Prozent in die richtige Richtung. Jeweils zwei Drittel (je 64 Prozent) unterstützen die Einführung von Teilnehmerobergrenzen bei Privatfeiern oder auch den Verzicht auf Weihnachtsmärkte in diesem Jahr. Die Akzeptanz entsprechender Maßnahmen fällt im Osten allerdings deutlich niedriger aus als im Westen: Eine Beschränkung für Privatfeiern (52:46 Prozent) und die Schließung von Weihnachtsmärkten (50:49 Prozent) lehnt etwa die Hälfte der Ostdeutschen ab. Zugleich findet auch nicht jeder Vorschlag für weitere Alltagsbeschränkungen bei den Deutschen Anerkennung. Eine Maskenpflicht am Arbeitsplatz (38:55 Prozent) oder im Schulunterricht (31:66 Prozent) stößt mehrheitlich auf Widerspruch.

## ARD-DeutschlandTREND September 2020

Studie zur politischen Stimmung im Auftrag  
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

### Studieninformation

---

Grundgesamtheit	Wahlberechtigte in Deutschland	
Stichprobe	Repräsentative Zufallsauswahl/Dual-Frame (Relation Festnetz-/Mobilfunknummern 60:40)	
WDR-Autorin	Ellen Ehni	0221 220-1800
WDR-Redakteur	Claudia Müller	0221 220-1800
Wissenschaftliche Betreuung / Durchführung infratest dimap	Roberto Heinrich	030 533 22 - 0
Erhebungsverfahren	Telefoninterviews (CATI)	
Fallzahl	1.027 Befragte Sonntagsfrage: 1.527 Befragte	
Gewichtung	nach soziodemographischen Merkmalen Sonntagsfrage mit separater Gewichtung	
Erhebungszeitraum	31. August bis 01. September 2020 Sonntagsfrage: 31. August bis 02. September 2020	
Schwankungsbreite	1.000 Befragte: 1,4* bis 3,1** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 Prozent ** bei einem Anteilswert von 50 Prozent	
Durchführendes Institut:	Infratest dimap	
Ihre Ansprechpartner:	Dr. Nico A. Siegel	030 53322-0
	Reinhard Schlinkert	0228 32969-3